



Keine Alternative für Deutschland.

Hintergründe und Vorschläge zum
Umgang mit der AfD

EINLEITUNG

In den vergangenen Jahren haben rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa stark an Einfluss gewinnen können. In Großbritannien errang die United Kingdom Party (UKIP) rund 28 Prozent der Stimmen und in Frankreich wurde der Front National sogar stärkste Partei mit 25 Prozent.¹ Was sich auf europäischer Ebene schon länger abgezeichnet hat, fand in Deutschland im Februar 2013 seinen Ausdruck in der Gründung der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Bestand am Anfang noch die vage Hoffnung, dass es sich bei jenem „Phänomen“ um eine politische Eintagsfliege handle, welches genauso schnell wieder verschwinden würde, wie es gekommen war, so wurde man 2014 schnell eines Besseren belehrt. Zwei Jahre nach ihrer Gründung ist die AfD selbst im parlamentarischen Betrieb angekommen.² Bereits bei der Europawahl im Mai 2014 konnte die Partei ein Wahlergebnis von 7,1 Prozent einholen. Seit dem Spätsommer 2014 hat sie es darüber hinaus geschafft, in die Landesparlamente von Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Hamburg einzuziehen.

Die AfD bietet für die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die vielfältigen Probleme einer modernen und pluralen Gesellschaft keine Alternative. Stattdessen propagiert sie die Verschärfung von Austeritätspolitik, Neoliberalismus, Ausgrenzung sowie anti-egalitäre und rückwärtsgewandte Vorstellungen von Gesellschaft. Ihre Vorschläge fördern die Entpolitisierung der Bevölkerung und die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert, um Menschen in schwieriger sozialer Lage oder mit Lebensvorstellungen, die nicht denen der AfD entsprechen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. All dies macht die Partei zu einer Gegnerin für DIE LINKE.

Gerade durch den Einzug in mehrere Landesparlamente nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass sich die AfD politisch längerfristig etablieren kann. Dies hätte und hat bereits drastische Auswirkungen auf die Politik wie auch auf das Parteiensystem in Deutschland. Die AfD ist keine „normale“ demokratische Partei. Eine Etablierung und Normalisierung von ihr muss daher verhindert und behindert werden. Der LINKEN kommt hierbei eine zentrale Rolle zu.³

Doch wieso ist es gerade im Jahr 2013 gelungen, eine derart erfolgreiche Partei rechts von der CDU und FDP zu gründen? Die vorliegende PowerPoint-Präsentation will dem nachgehen, indem sie die Gründe für den Aufstieg dieser Partei sowie die sozialen und politischen Prozesse analysiert, die diesen bedingten. Darüber hinaus sollen hilfreiche Informationen zu den politischen Positionen der AfD, ihrer innerparteilichen Zusammensetzung sowie den damit verbundenen Konfliktlinien gegeben werden. Im

¹ Europawahl 2014. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/europawahl/euwahl176.html> erschienen am 26.05.2014 [aufgerufen am 08.12.2014].

² Korsch, Felix: National-Konservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der ‚Alternative für Deutschland‘, Reihe Analysen Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013.

³ Parteivorstand der LINKEN: Die AfD in den ostdeutschen Landtagen und der Umgang mit der LINKEN mit dieser Partei. Beschluss 2015/09 des Parteivorstandes vom 24. Januar 2015. Verfügbar unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/umgang-mit-der-afd/> [aufgerufen am 25.01.2015].

letzten Teil wird auf die konkrete Handlungsebene geschaut und der Frage nachgegangen: Was kann die LINKE nun genau tun?

Zur Nutzung der Präsentation und des Skripts noch folgender Hinweis: Es ist nicht ratsam, das vorliegende Skript wortwörtlich den Interessierten vorzutragen. Vielmehr haben wir beim Schreiben versucht, eine gute Mischung aus vortragbaren Informationen und Hintergründen für die Referent/innen zusammenzutragen.

3

Wir bedanken uns recht herzlich für die Impulse der Arbeitsgruppe „AfD“ des Parteivorstandes und die zahlreichen Hinweise von Christina Kaindl, Helge Meves und Alban Werner.

Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen.

Euer Bereich Politische Bildung

KONTAKT

Partei DIE LINKE - Bereich Politische Bildung

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

eMail: polbil@die-linke.de

Inhaltliche Erstellung: Carolin Hasenpusch, Daniel Wittmer (Februar 2015)

FOLIE 1

Keine Alternative für Deutschland.

Hintergründe und Vorschläge zum Umgang mit der AfD



Folie 1


Bedarf keiner weiteren Erläuterung

4

FOLIE 2

Überblick Struktur der Präsentation

- 1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Grundlage für den Aufstieg der AfD**
 - 1.1. Die bedrohte „Wohlstandsinsel“
 - 1.2. Krise der politischen Repräsentation
 - 1.3. Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen!?
- 2. Der Charakter der AfD**
 - 2.1. Strömungen innerhalb der AfD
 - 2.2. Programmatik. Was fordert die AfD?
 - 2.3. Ausblick
- 3. Wie weiter und was kann DIE LINKE tun?**
- 4. Anhang**
 - 4.1. Thesen zur AfD und Gegenargumentationen



Folie 2

Bedarf keiner weiteren Erläuterung

FOLIE 3

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Grundlage für den Aufstieg der AfD
„Die bedrohte Wohlstandsinsel“



Folie 3

Bedarf keiner weiteren Erläuterung

FOLIE 4

Gesellschaft Leben auf einer Wohlstandsinsel in Europa

Unterschiedliche Studien seit 2011 beschreiben übereinstimmend für die große Mehrheit der deutschen Gesellschaft

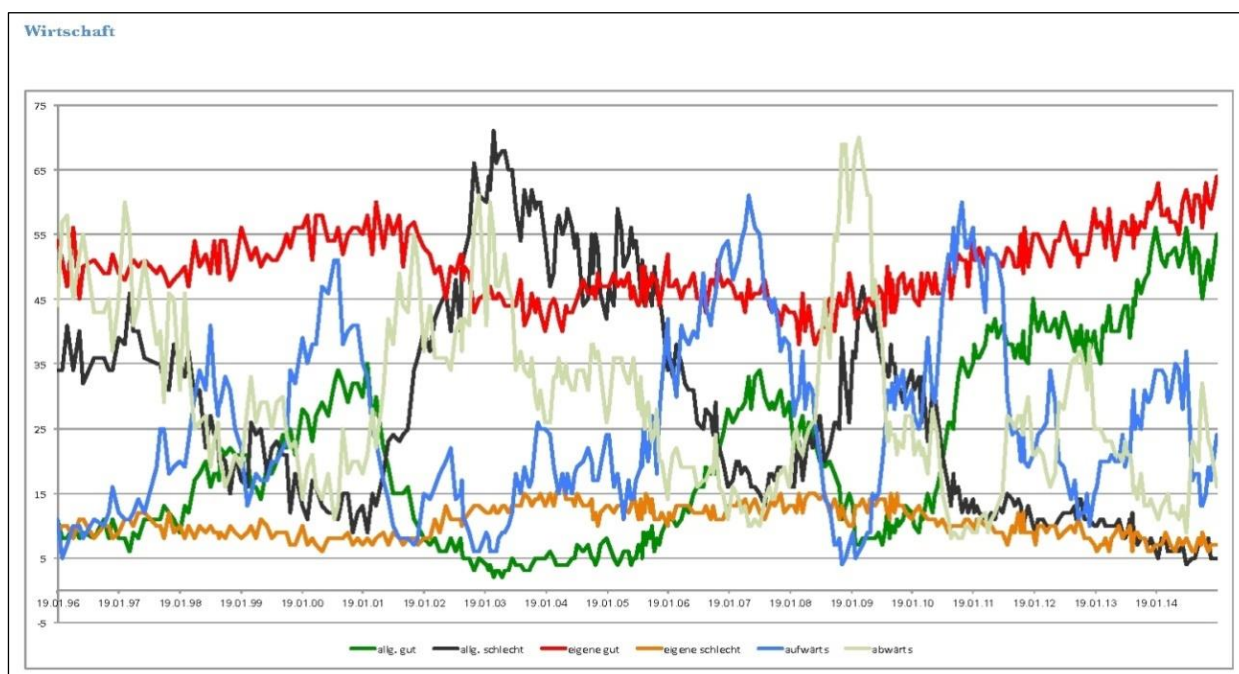
- eine allgemeine Zufriedenheit mit der (eigenen) Situation,
- den Wunsch nach einem „Weiter so“,
- einen pragmatischen Umgang mit der Krise als Dauerzustand (Gewöhnung),
- das Wissen, dass es „woanders“ schlechter aussieht,
- ein geringes Verständnis zu den Zusammenhängen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.

Aber auch: Wissen um die „Veränderung als Normalzustand“ (z.B. Arbeitswelt) mit der einhergehenden Auflösung gewohnter Traditionen, Werte und Vorstellungen

Folie 4 **DIE LINKE.** POLITISCHE BILDUNG

Unterschiedliche Studien und Umfragen der vergangenen Jahre beschreiben eine Stimmung in der Gesellschaft, die man als grundsätzlich positiv bezeichnen kann. Je nach Umfragen geben bis zu 75 Prozent der Befragten an, dass sie zufrieden mit der (eigenen) Situation sind und eigentlich alles so weiter laufen soll. Exemplarisch dafür stehen die nachfolgenden Langzeitreihen (1996-2014) zur Einstellung der Befragten zur wirtschaftlichen Situation:

5



Quelle: Horst Kahrs: Langzeit-Reihen Forschungsgruppe Wahlen. Politbarometer, 19.01.2015. Wenn schwarz-weiß: die oberste Linie im Jahr 2014 zeigt die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation als gut. Die zweithöchste Linie darunter bezeichnet die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation als gut.

Es gibt jedoch zahlreiche Hinweise darauf, dass die konstatierte Zufriedenheit nur oberflächlich ist. Ein Blick hinter die Kulissen offenbart, dass die „allgemeine Zufriedenheit“ eher den Wunsch offenbart, dass es nicht noch schlechter wird. „Viele Wähler sind zwar stolz oder dankbar, dass Deutschland bislang der Krise trotzen konnte. Dennoch herrscht ein latentes Unbehagen im Land. Deutschland wird als ein bedrohtes Paradies erlebt, in dem Werte wie Gerechtigkeit langsam erodieren ... Der Glaube an eine bessere Zukunft, für die die Parteien streiten können, ist der diffusen Sehnsucht nach einer permanenten Gegenwart gewichen.“⁴

⁴ Das bedrohte Paradies. Rheingold Institut. Verfügbar unter: http://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Wahl_2013_Das_bedrohte_Paradies.html [aufgerufen am 06.02.2015].

In ihrem Buch „Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen“ formulieren Richard Detje u.a., dass Rationalisierungs- und Kostendruck, fortwährende Intensivierung der Arbeit und die Zunahme von Prekarisierung als „alltäglich“ wahrgenommen werden. „Als ‚krisenhaft‘ werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen verstanden. Als ‚Krise‘ wird die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb bezeichnet: Verlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, zunehmende Intensität der Arbeit usw. In der Auseinandersetzung mit Restrukturierung in Permanenz werden ‚Krisenreaktionen‘ dann selbst zu einer gewissen Routine. ‚An dieses ständige Infragestellen vom Arbeitsplatz gewöhnt man sich eigentlich auch.“⁵

FOLIE 5



Die ökonomische Krise wurde und wird als Bedrohung von außen wahrgenommen. Die dargestellte Grafik – Jugendarbeitslosigkeit in Europa – illustriert diese Stimmung mit einer leicht verständlichen Farbwahl sehr gut. In Mitteleuropa ist alles im grünen Bereich (gut) und in den Nachbarländern wird es gelb und rot (schlecht). Das Gefühl „uns geht es (noch) gut“ und „die Krise hat Deutschland nicht so hart getroffen“ ist präsent, bei

gleichzeitig gefühlter Bedrohung sowie dem Wissen darum, dass der eigene Wohlstand nicht stabil ist. Der Status quo soll beibehalten und Veränderung vermieden werden.

Genau dort können auch nationale und rassistische Diskurse gut anschließen. Hier „die fleißigen Deutschen“ dort „die faulen Griechen“.⁶ Hier „das sichere Mitteleuropa“, dort „die Massen an Flüchtlingen“. Gerade Letzteres wird gern in der bürgerlichen Presse so dargestellt, als ob dies nichts miteinander zu tun hat: Einerseits wird sich betroffen und empört über die Zahl der Todesopfer gezeigt, die in den vergangenen Jahren ihr Leben auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa lassen mussten.⁷ Auf der anderen Seite wird man nicht müde zu betonen, dass im Jahr 2013 der Stand der Asylanträge der höchste seit zwölf Jahren war.

⁵ Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg 2011, S.137.

⁶ Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!“ – 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Berlin o.J., S.5.

⁷ ProAsyl nennt für den Zeitraum 2000 bis Frühjahr 2014 über 23000 Tote Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen.

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/neue_schaetzung_mindestens_23000_tote_fluechtlinge_seit_dem_jahr_2000/ [aufgerufen am 10.02.2015].

FOLIE 6

Gesellschaft „Bedrohung“ als Anschluss für rechte Diskurse

- aktuelle Debatte über Flucht und Zuwanderung ist nicht Neues
- „migrationspolitische Versäumnisse“ der BRD
- Ressentiments und Ablehnungen bzw. keine „Willkommenskultur“
- Schüren und Zunahme von anti-muslimischem Rassismus seit dem 11. September 2001 („Kampf der Kulturen“)

allgemein: Rassismus ist Teil der „Mitte der Gesellschaft“



Folie 6 **DIE LINKE.** POLITISCHE BILDUNG

Grafiken wie diese verdeutlichen dies sehr schön und geben keine weiteren Informationen außer: die Meisten kommen nach Deutschland. Fluchtursachen, die von Deutschland mitverursacht wurden, die Zahl der Geflüchteten in Relation zur Gesamtbevölkerung oder die Tatsache, dass in Deutschland gerade einmal ein Prozent der Asylsuchenden als politisch verfolgt anerkannt wird – solche Fakten finden kaum Einzug in die breite

7

Medienberichterstattung.⁸

Jene Diskurse und Debatten um Migration und Flucht sind keine neuen Entwicklungen, sondern sind Fortführung und Ergebnis einer Migrations- und Asylpolitik seitens der BRD, die seit über 50 Jahren stark reglementiert ist und Ressentiments befördert. Ein wichtiges „Dilemma“ und Versäumnis ist, dass die BRD jahrzehntelang ignoriert und dementiert hat, ein Zuwanderungsland zu sein.⁹ Erst unter der rot-grünen Regierung ab 1998 änderte sich das ein wenig. Die Debatte um Zuwanderung und eine „multi-kulturelle“ Gesellschaft wurde positiver geführt und Reformen wie die Staatsangehörigkeitsreform wurden durchgesetzt. Jedoch zielten diese Maßnahmen in erster Linie nicht auf die Abschaffung struktureller Ungleichheiten ab, sondern manifestierten eine selektive Migrationspolitik. Gut ausgebildete und sogenannte Fachkräfte sollten es leichter haben, nach Deutschland zu kommen, während auf europäischer Ebene weiter eine Verschärfung der Asylpolitik vorangetrieben wurde. Eine rassistische Einteilung in „gute“ und „schlechte“ bzw. „nützliche“ und „unnütze“ Zuwanderer und Zuwanderinnen wurde und wird seit Jahrzehnten betrieben.¹⁰ Diese Verwertungslogik ergänzt sich gut mit neoliberalen Vorstellungen von Arbeitskräften.

Darüber hinaus lässt sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Zunahme an anti-muslimischen Ressentiments und einem so genannten „Kulturrassismus“ in breiten Teilen der Bevölkerung beobachten.¹¹ Samuel Huntingtons Theorie vom „Kampf der Kulturen“, die Thesen Sarrazins,

⁸ In Deutschland wurden 2013 mit 127.023 Anträgen mehr Asylanträge als in jedem anderen EU-Staat gestellt. Auf 1.000 Einwohner/innen kommen gerade einmal 0,9 Geflüchtete. Damit liegt Deutschland im EU-Vergleich an zehnter Stelle. Erwähnenswert ist, dass in Deutschland zwar die meisten Asylanträge der EU gestellt werden, dass aber nur die wenigsten Geflüchteten wirklich als solche anerkannt werden. Laut dem Bundesinnenministerium, wurden im Jahr 2012 gerade einmal ein Prozent der Asylsuchenden als politisch verfolgt anerkannt und nur 13% haben Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention erhalten. Dies hängt sehr eng mit der Drittstaatenregelung zusammen, von welcher die Bundesrepublik stark profitiert.

⁹ Die Arbeitskräfte aus Südeuropa, die ab Mitte der 1950er Jahre in die BRD kamen, sollten als „Gäste“ kommen, ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und dann wieder gehen. Obgleich sich bereits in den 1970er herauskristallisierte, dass die soziale Wirklichkeit eine andere war, so dominierte dieser Ansatz politisch bis weit in die 1990er.

¹⁰ Yilmaz-Günay, Koray/ Klinger, Freya-Maria: Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung. Hamburg 2014, S. 21.

¹¹ Im Januar 2015 wurde eine Studie der Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht, welche deutlich unterstreicht, dass „der Islam“ als Glaubensrichtung von der Mehrheit der in Deutschland lebenden Nicht-Muslimen abgelehnt wird. So nehmen 57 Prozent der befragten Personen den Islam als Bedrohung wahr (im Vergleich zu 53 Prozent im Jahr 2012). In Sachsen, wo kaum Muslime leben, sind es mit 78 Prozent die meisten, in Nordrhein-Westfalen mit seinem hohen Bevölkerungsanteil von Muslimen sind es hingegen nur 46 Prozent. Darüber hinaus stimmten 61 Prozent der Aussage zu, dass der Islam nicht zur westlichen Welt passe (2012 waren es noch 52 Prozent) und 40 Prozent fühlen sich durch Muslime wie ein

die „Beschneidungs-“ sowie die „Kopftuchdebatte“ haben zu der schrittweisen Ersetzung der „Migranten“ durch die „Muslime“ als Zielscheibe von Hass beigetragen. „Der Islam“ wird hier als etwas Schlechtes und „Unzivilisiertes“ präsentiert, welcher eine aktive Bedrohung für die „zivilisierte westliche Welt“ und ihre Werte darstellt.¹² Jenes Argumentationsmuster, das nun auch bei Pegida eine zentrale Rolle spielt und bei der AfD auftaucht.

8

Allgemein muss konstatiert werden, dass Rassismus ein Teil der „Mitte der Gesellschaft“ ist und kein Randphänomen.¹³ Ressentiments sitzen tief und wurden über Jahrzehnte verinnerlicht. In Zeiten von Krise und Unsicherheit kann dies von rechts leichter mobilisiert werden.

FOLIE 7



Es gibt somit zwei – parallel verlaufende – Entwicklungen. Zum einen gibt es eine real existierende Bedrohung, die vor allem durch eine kontinuierliche Verunsicherung im Bereich Beschäftigung, bei den Arbeitsbedingungen, beim Einkommen – allgemein: die Verunsicherung der eigenen sozialen Lage – hervorgerufen wird.

Hinzu kommt ein abstraktes, diffuses Bedrohungsgefühl, das sich oftmals auch aus tagesaktueller

Berichterstattung speist. (Irrationale) Ängste vor dem Ebola-Virus oder der Vogelgrippe können da ebenso vorhanden sein, wie die (gefühlte) Bedrohung durch ständige Terrorwarnungen, Kriege oder Flüchtlinge. Die Grafik von der Landtagswahl 2014 in Sachsen zeigt, dass sich ein Gefühl der Bedrohung quer durch die Wählerschaft aller Parteien zieht. Auffällig ist aber, dass mit 85 Prozent, fast alle AfD-Wählerinnen und -Wähler die Weltlage als „bedrohlich“ empfanden. Die Frage, die sich nun hieraus ergibt, ist: Welche Personengruppen wählen die AfD und wovon genau fühlen sie sich bedroht?

Fremder im eigenen Land. Nach Angaben der Bertelsmann-Stiftung herrschen diese Meinungen in allen politischen Milieus vor, es zeige sich kein eindeutiger Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Islamwahrnehmung.

¹²Ruf, Werner: Der Islam. Das Schreckensgespenst des Abendlandes, 2. Auflage, Köln 2014, S.22 ff.

¹³ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S.50. „In Gesamtdeutschland hat der Zustimmungswert wieder das Niveau der ersten Jahre erreicht, nachdem der Wert 2008 mit 21,2% relativ niedrig ausfiel. Viel alarmierender aber ist der Trend in Ostdeutschland. Mit jetzt 38,7% ist der Wert so hoch wie nie zuvor, nachdem er seit 2004 – also zum fünften Mal in Folge – kontinuierlich anstieg.“

FOLIE 8

Gesellschaft Die bedrohte Wohlstandinsel



„Die EURO-kritische Partei AfD wies, bezogen auf das Abschneiden anderer Parteien, am ehesten dort Erfolge auf, wo auch die CDU überdurchschnittlich erfolgreich war. Auch nützte ein geringerer Nichtwähleranteil der AfD. Strukturell deutet sich an, dass die AfD wenig Zuspruch durch sozial Benachteiligte erfährt. Regionen mit hohem Anteil an SGB II-Empfängern zählen nicht zu den Hochburgen dieser Partei. Hohe Anteile an Personen mittleren Alters (30 bis unter 65 Jahre) sowie an Wohneigentum sind dagegen für erfolgreiche Regionen kennzeichnend.“

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hg.): Wahl zum 6. Brandenburger Landtag am 14. September 2014. Endgültiges Ergebnis, Potsdam 2014, S.77.

Folie 8

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Wahlanalysen und Umfragen weisen darauf hin, dass sich weniger prekarierte Menschen für die AfD entscheiden, sondern Menschen, die man eher zur Mittelschicht zählen kann. So stellte Forsa im Juni 2014 fest: „Die „Anhänger der AfD kommen [...] vor allem aus einem bestimmten Segment der deutschen Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent). 55 Prozent haben Abitur und/oder studiert und beurteilen die Wirtschaftserwartungen pessimistisch,

9

44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro oder mehr“.¹⁴ Ähnliches konstatierte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Anschluss an die Brandenburger Landtagswahl 2014.¹⁵ Es lässt sich annehmen, dass es unter den Anhänger/innen und Wähler/innen der AfD viele Menschen gibt, die „noch etwas besitzen“ und Angst davor haben dies zu verlieren.¹⁶

Diese Einschätzung bringt der Parteivorstand DIE LINKE in seinem Beschluss zum Umgang mit der AfD wie folgt auf den Punkt: „Die AfD ist eine Partei des ‚verrohten Bürgertums‘ (Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld), das seine Privilegien knallhart auf Kosten anderer durchsetzen will. Sie nutzt den Umstand aus, dass die Aushöhlung des Sozialstaats unter anderem durch die ‚Agenda 2010‘ sowie die drastische Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge auch die sozialen Grundlagen der Demokratie angegriffen haben und die damit verbundenen angeblichen Sachzwänge der neoliberalen Krisenbearbeitung eine Krise der politischen Repräsentation nach sich ziehen.“¹⁷

¹⁴ Mathes, Werner: Wer die AfD wählt. Stern Online. Verfügbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-2115316.html> [aufgerufen am 05.02.2015].

¹⁵ „Die EURO-kritische Partei AfD wies, bezogen auf das Abschneiden anderer Parteien, am ehesten dort Erfolge auf, wo auch die CDU überdurchschnittlich erfolgreich war. Auch nützte ein geringerer Nichtwähleranteil der AfD. Strukturell deutet sich an, dass die AfD wenig Zuspruch durch sozial Benachteiligte erfährt. Regionen mit hohem Anteil an SGB II-Empfängern zählen nicht zu den Hochburgen dieser Partei. Hohe Anteile an Personen mittleren Alters (30 bis unter 65 Jahre) sowie an Wohneigentum sind dagegen für erfolgreiche Regionen kennzeichnend.“ Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hg.): Wahl zum 6. Brandenburger Landtag am 14. September 2014. Endgültiges Ergebnis, Potsdam 2014, S.77.

¹⁶ Ergänzend sei angemerkt, dass die unterschiedlichen Studien zur Pegida-Bewegung in Dresden zeigten, dass es hohe Zustimmungswerte für die AfD gab und das Haushaltseinkommen der Befragten eher über dem ostdeutschen Einkommensdurchschnitt lag.

¹⁷ Parteivorstand der LINKEN: Die AfD in den ostdeutschen Landtagen und der Umgang mit der LINKEN mit dieser Partei. Beschluss 2015/09 des Parteivorstandes vom 24. Januar 2015. Verfügbar unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/umgang-mit-der-afd/> [aufgerufen am 25.01.2015].

FOLIE 9

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Grundlage für den Aufstieg der AfD

Krise der politischen Repräsentation

Folie 9



Für die Frage, wieso gerade die AfD in den vergangenen zwei Jahren ihren Aufstieg erlebte, muss man einen Blick auf die innenpolitische Entwicklung nach der Bundestagswahl 2009 (schwarz-gelbe Bundesregierung) und die längerfristigen Folgen der Eurokrisenpolitik der EU werfen.

10

FOLIE 10

Gesellschaft Verlust von politischer Repräsentation

Parteien verkörpern und bündeln die Wertvorstellungen und Bedürfnisse gesellschaftlicher Sozialmilieus. Sie repräsentieren und verhandeln deren Interessen im öffentlichen Raum.

Wenn die repräsentierten Milieus unzufrieden sind und das Vertrauen in „ihre“ Partei verlieren, beginnt ein Prozess der Neuorientierung.

- innerhalb der „eigenen“ Partei (Richtungsdiskussionen)
- Rückzug (kurzfristig Nichtwahl, langfristig Austritt oder Parteiwechsel)

Rückzug bedeutet auch, dass die Deutung von Realitäten zwischen Milieus und den sie repräsentierenden Parteien auseinanderdriften kann, da der gemeinsame Diskussionsraum verloren geht.

Konsequenz: Neuorientierung und Suche nach neuer Repräsentation

Folie 10



In repräsentativen Demokratien kommt dem Parteiensystem als Raum politischer Repräsentation eine gewichtige Funktion zu. Parteien verkörpern und bündeln dabei die Wertvorstellungen und Bedürfnisse gesellschaftlicher Sozialmilieus. Darüber hinaus stehen die Parteien auch für die unterschiedlichen Interessenlagen im ökonomischen Bereich. Sie vertreten hier die jeweiligen Interessen der (unterschiedlichen)

Kapitalfraktion(en) und der abhängig Beschäftigten. Zusammengefasst bedeutet das, dass Parteien die Konflikte der Gesellschaft repräsentieren und im öffentlichen Raum verhandeln.

Wenn die repräsentierten Gruppen bzw. ihre Akteure unzufrieden sind und das Vertrauen in „ihre“ Partei verlieren, beginnt ein Prozess der Neuorientierung. Das kann einerseits innerhalb der „eigenen“ Partei geschehen, indem die eigene Ausrichtung überdacht wird oder eine neue Fraktion gebildet wird.

Die Unzufriedenheit und der Vertrauensverlust können aber auch zu einem Rückzug aus dem politischen Feld führen. Kurzfristig äußert sich dies darin, nicht mehr wählen zu gehen. Langfristig kann es aber auch zu dem Austritt oder einem Parteiwechsel führen.

Konsequenz eines Rückzugs ist, dass die Deutung von Realitäten zwischen Sozialmilieus und den sie – eigentlich – repräsentierenden Parteien auseinanderdriften kann, da der gemeinsame Diskussionsraum verloren geht. Die Interpretation alltäglicher Vorgänge, aber auch großer politischer Entscheidungen stimmen nicht überein und werden – sichtbar in pauschaler Politikerschelte oder dem Begriff „Lügenpresse“ – abgelehnt.

Diese „Krise der politischen Repräsentation“ führt nicht nur zum Rückzug, sondern geht auch mit Neuorientierung und der Suche nach neuer politischer Repräsentation einher.

FOLIE 11


Gesellschaft Verlust von politischer Repräsentation

Ähnlich wie die SPD hat auch die CDU programmatische Wenden vollzogen. Diese politische Ausrichtung war/ist für traditionell-konservative CDU-Stammwähler/innen nicht akzeptabel:

- Gleichstellung unterschiedlicher Lebens- und Familienformen,
- Auflösung klassischer Rollenbilder,
- Abschaffung der Wehrpflicht,
- Atomausstieg bzw. Fortsetzung der Energiewende...

Der **einschneidende Bruch** für überzeugte Neoliberale war die Haltung von CDU/FDP zur Lösung der Folgen der Eurokrise. Die Rettungsmaßnahmen („Geld drucken“, Rettungsschirme etc.) wurden als Verabschiedung von neoliberalen Überzeugungen („Verursacherprinzip“) interpretiert.

Folie 11



Ähnlich wie die SPD hat auch die CDU programmatische Wenden vollzogen. Mit gewissen, klar umrissenen und nur auf die gesellschaftliche Mitte bezogenen sozialpolitischen Maßnahmen wurde in der CDU Merkels versucht die Zustimmung zu ihrer Politik zu sichern (und die SPD zu schwächen). Bei einigen traditionell-konservativen Stammwählerinnen und -wählern der CDU führte diese „sozialdemokratische Wende“ zu einer

11

Unzufriedenheit und Ablehnung. Zur kritisierten „Sozialdemokratisierung“ der CDU gehörten u.a.:

- die Gleichstellung unterschiedlicher Lebens- und Familienformen,
- die Auflösung klassischer Rollenbilder,
- die Abschaffung der Wehrpflicht,
- der Atomausstieg bzw. Fortsetzung der Energiewende ...

Weitere einschneidende Brüche wurden der Wirtschaftspolitik der Regierung Merkel zugeschrieben. In ihrer Politik konzentriert sie sich einerseits auf die Kapitalesegmente der Exportindustrie, wodurch sich klein- und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer nicht mehr repräsentiert fühlen. Zum anderen wurde die Haltung von CDU und FDP zur Lösung der Folgen der Eurokrise von überzeugten (radikalen) Neoliberalen kritisiert. Die Rettungsmaßnahmen („Geld drucken“, Rettungsschirme etc.) wurden als Verabschiedung von neoliberalen Überzeugungen („Haftungsprinzip“) interpretiert.

FOLIE 12

Gesellschaft Verlust von politischer Repräsentation

Video:
<https://www.youtube.com/watch?v=iLW87VoRaM8>

Folie 12



In dem Videobeitrag der Deutschen Welle vom Sommer 2012 werden die unterschiedlichen Vorstellungen zur Bekämpfung der Euro-Krise zwischen den Interessen der global agierenden Großkonzerne und kleineren Unternehmen („Familienunternehmen“) klar herausgearbeitet. In der Ankündigung des Videobeitrags schreibt die Deutsche Welle: „*Wer mit eigenem Vermögen haftet, rechnet genauer, sagt der Verband der Familienunternehmer und empfiehlt diese wirtschaftlich nachhaltige Denkweise auch der Politik in Zeiten der Euro-Krise. Griechenland muss den Euro verlassen, fordert der Verband der Familienunternehmer. Und die Nothilfe für spanische Banken muss eine Ausnahme bleiben. Mit Empörung wendet sich der Verband*

Wer mit eigenem Vermögen haftet, rechnet genauer, sagt der Verband der Familienunternehmer und empfiehlt diese wirtschaftlich nachhaltige Denkweise auch der Politik in Zeiten der Euro-Krise. Griechenland muss den Euro verlassen, fordert der Verband der Familienunternehmer. Und die Nothilfe für spanische Banken muss eine Ausnahme bleiben. Mit Empörung wendet sich der Verband

gegen die Krisenpolitik der Euroländer. Dass ein Land für die Schulden eines anderen haften, sie sogar mit abbezahlen soll, ist den Familienunternehmern nicht zu vermitteln – Euro-Bonds lehnen sie ab.“

Im letzten Teil des vierminütigen Videos wird deutlich, dass die die deutsche Politik grundlegend für gut befunden wird. Fehlerhaft sei dagegen die Politik der EU. Albrecht von der Hagen (Hauptgeschäftsführer von Die Familienunternehmer – ASU) sagt dementsprechend, dass man der deutschen Politik den Rücken stärken müsse, da deren grundsätzliche Position, „Haftung und Risiko beisammen zu halten“, richtig sei.¹⁸

12

FOLIE 13

Gesellschaft: Verlust von politischer Repräsentation

Welche Partei vertritt politische Milieus,

- die **traditionell-konservative Werte** (Familie, Rollenbilder, Religion etc.) verloren gehen sehen,
- die das „**Verursacherprinzip**“ mit den Euro-Rettungsschirmen als ausgehebelt betrachten,
- für die das **Leistungsprinzip** in einer Gesellschaft zentral sein muss,
- denen der Wegfall der Grenzkontrollen nach Osteuropa ein **Unsicherheitsgefühl** gibt,
- die **Zuwanderung** steuern und/oder begrenzen wollen,
- ...?

Folie 13



Die Fragestellung auf der Folie „Welche Partei vertritt politische Milieus, die...“ soll auf den Punkt bringen, dass die AfD Projektionsfläche für unterschiedliche Bedürfnisse ist. Ihr Erfolg – aber wie später auch gezeigt ihre internen Probleme – basiert darauf, dass die AfD die unterschiedlichen Unzufriedenheiten von Neoliberalen, Konservativen und (extrem) Rechten bündelt.

FOLIE 14

Die AfD (Vermeintlich) Ungehörte organisieren sich

Seit 2005 stetige Zunahme von oppositionellen Akteuren und Etablierung einer Kultur der lautstarken Meinungsbildung „von unten“.

- Stuttgart 21, Blockupy, Aufschrei-Debatte, Piraten...
- bekanntes Stichwort: „Wutbürgertum“

Aber: Meinungsbildung „von unten“ ist nicht automatisch „links“

- Demos gegen den Bau von Moscheen und Flüchtlingsunterkünften
- „Marsch des Lebens“ der Lebensschützer,
- Montagsmahnwachen (politische Orientierung unterschiedlich)
- Pegida, Hogesa und deren anderen regionale Ableger

Auch rechte Eliten verorten sich in diesen Protesten „von unten“

- Thilo Sarrazin: „Deutschland schafft sich ab“ war erfolgreichstes Sachbuch aller Zeiten und er hatte unzählige Talkshow-Auftritte
- Hans-Olaf Henkel war ehemaliger Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Folie 14



Die Legislaturperioden des Bundestags ab 2005 waren davon geprägt, dass es für deutsche Verhältnisse ein ungewöhnliches, weil schnelles, Auf und Ab oppositioneller Akteure und Akteurinnen gegeben hat. Die Wortneuschöpfungen „Wutbürger“ bzw. „Wutbürgerinnen“ und „Mutbürger“ bzw. „Mutbürgerinnen“ reflektieren diese Entwicklung. Proteste wie jene gegen Stuttgart 21, Anti-Atom-Demos nach Fukushima, die Krisen- und

Blockupy-Proteste, die Gründung der Piratenpartei und die Zunahme an Volksbegehren, wie beispielsweise in Hamburg für die Rekommunalisierung der Energie-Netze oder in Berlin zum Erhalt des Tempelhofer Felds, fallen unter diese „neu“ aufgetretenen Entwicklungen und oppositionellen Kräfte.¹⁹

¹⁸Familienunternehmer – Empörung über Euro-Krisenmanagement, Deutsche Welle 26. Juni 2012. <https://www.youtube.com/watch?v=iLW87VoRaM8>.

¹⁹Begünstigt wurde diese Entwicklung auch mit der massiven Ausbreitung digitaler Kommunikation, die individuelle Meinungsäußerungen erleichterte und – manchmal auch nur vermeintlich – mehr Transparenz schuf. Damit veränderte sich für alle Akteur/innen die Kommunikation im politischen Raum.

Opposition und Protest gegen „die bestehenden Verhältnisse“ ist nicht per se etwas „Linkes“ oder Emanzipatorisches. So verstehen sich Pegida, die Teilnehmenden am „Marsch des Lebens“, die „Wutbürger und Wutbürgerinnen“, die gegen einen geplanten Moscheebau oder gegen eine Flüchtlingsunterkunft auf die Straße gehen, auch als „Bürger_innenbewegung“ bzw. als ein „Protest von unten“.

Agitations- und Kommunikationsmethoden, die von linker Seite etabliert wurden, fanden ihren Weg in konservative und extrem rechte Kreise. So werden Volksbegehren mittlerweile ebenso gefordert wie eine „wirkliche Teilhabe“ und „eine wahre Demokratie“. Darüber hinaus findet eine klare und bewusste Abgrenzung zwischen „denen da oben“ und „den (besorgten) Bürgerinnen und Bürgern“ statt. Dieses Stammtisch-Gehabe ist im Moment sehr deutlich bei der Pegida-Bewegung zu sehen, die sich mit der Parole „Wir sind das Volk“ darüber hinaus noch in eine geschichtliche Tradition einreihen will. Die apolitische und populistische Herangehensweise an das Verhältnis von politischem Raum und der Bevölkerung spiegelt sich in der Namenswahl als „Alternative“, die „weder rechts noch links“²⁰ sein wolle, wider.

Gleichzeitig ist diese Haltung auch eine Vernebelung und Verneinung sozialer Widersprüche in der Gesellschaft. Die im Kern auf Besitzstandwahrung ausgerichtete Einstellung wird auch dadurch sichtbar, dass jahrzehntelange Akteure der kapitalistischen Eliten – z.B. Bernd Lucke (Wirtschaftswissenschaftler, Laufbahn in CDU-Politik und an der Universität), Hans-Olaf Henkel (ehemaliger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie) – den Gestus des Anti-Establishments raushängen lassen.²¹

FOLIE 15

Die Programmatik der AfD
**Sammelbecken mit offener Flanke
nach rechts**

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 15

Im Folgenden wird sich nun näher mit dem „Charakter“ der AfD beschäftigt. Hierfür werden ihre Programmatik wie auch ihre Zusammensetzung genauer beleuchtet.

²⁰AfD zeigt rechtspopulistische Tendenzen. Süddeutsche Online. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/aktuelle-analyse-afd-zeigt-rechtspopulistische-tendenzen-1.1791899> [aufgerufen am 04.11.2014].

²¹ Thilo Sarrazin, Sympathisant der AfD, kultivierte diesen Habitus ebenfalls, indem er frei nach dem Motto „das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ massiv gegen Migrant/innen hetzte. Als ehemaliger Finanzsenator und ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank prägte er jahrelang das politische Geschehen in Deutschland aktiv mit.

FOLIE 16


Die AfD Neoliberal, wertkonservativ und nach rechts offen

Die AfD ist keine homogene Partei

Politische Lager und ganze Landesverbände innerhalb der AfD haben starke inhaltliche Unterschiede.

- von „nationalstaatlicher Wettbewerbslogik“ bis zu „nationalistisch“
- von regulierter Einwanderungspolitik bis zu offener Ausländerfeindlichkeit

Diskrepanz zwischen „Auftritt nach innen“ (Parteiprogramme) und „Auftreten nach außen“ (auf der Straße)

Folie 16 

Die AfD ist keine homogene Partei. Wie andere junge Parteien auch, so stehen viele verschiedene Positionen und strategische Vorgehensweisen noch nebeneinander. Die unterschiedlichen politischen Lager und die verschiedenen Ebenen der Parteistruktur sind durch vielfältige Differenzen gekennzeichnet. Auch regionale Unterschiede bestehen. Ein gemeinsames Parteiprogramm ist bisher nicht erschienen.

14

Drastische Unterschiede lassen sich beispielsweise im Bereich Nationalstaatlichkeit feststellen: Hier reichen die Meinungen von einer „nationalstaatlichen Wettbewerbslogik“ bis hin zu „nationalistischen“ Ideen. Ähnliche Spannbreiten werden in Bezug auf das Thema Migration und Asylrecht deutlich. So vertreten Teile der Partei, wie beispielsweise Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel, eine Art „farbenblinden“ Kapitalismus (Markt- und Wertungslogik stehen über ethnischer, religiöser oder geschlechtlicher Zugehörigkeit). Eine Zusammenarbeit mit dem Front National oder der Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders werden von Bernd Lucke aufgrund ihrer ausländerfeindlichen und anti-muslimischen Positionen abgelehnt.²² Dem gegenüber stehen Kreise in der AfD, die deutlich gegen religiöse und ethnische Minderheiten agitieren. So sprach sich der sächsische Landesverband offen für einen Volksentscheid gegen den Bau einer Moschee in Leipzig aus und hob die Gemeinsamkeiten mit der Pegida-Bewegung hervor.²³

Die exemplarisch genannten Unterschiede erschweren es, die AfD und ihre Positionen zu greifen, und erschweren es, sie als „reine“ rechtspopulistische Partei zu enttarnen bzw. zu kategorisieren. Im Vergleich zum Bundestagswahlprogramm waren Sprache und Schwerpunktsetzung der Landtagswahlprogramme sichtbar anders. Und da, wo sich Funktionäre der Bundesebene noch um den Anschein einer sachorientierten Wirtschaftspartei bemühen, vertreten manche Funktionäre auf Landes- und Basisaktivisten offen nationalistische und rassistische Positionen.

²² DGB Bundesvorstand: Mut zum Widerspruch. Gewerkschaftliche Positionen und Programmatik der AfD zur Europawahl, Berlin Mai 2014, S.5.

²³ AfD Sachsen sieht Gemeinsamkeiten mit Pegida. Zeit Online. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/dresden-afd-pegida> [aufgerufen am 15.12.2014].

FOLIE 17

Die AfD Neoliberal, wertkonservativ und nach rechts offen

Idealtypische Strömungen im Funktionärskörper der AfD

Wirtschaftsliberale	traditionell-konservativ	Rechtspopulisten
<ul style="list-style-type: none">• Marktradikale bzw. harte Neoliberale• moderate „EU-Skeptiker“• Kolibri (Konservative & Liberale), Transatlantiker	<ul style="list-style-type: none">• Wertkonservative• Religiöse, Evangelikale• Familienunternehmer• AK Christen in der AfD	<ul style="list-style-type: none">• nationalistisch• Ablehnung der EU• gegen Multikulti & „Political Correctness“• Patriotische Plattform• Junge Alternative
<p>Vorbilder/Ähnlichkeiten: Tories (UK)</p>	<p>Vorbilder/Ähnlichkeiten „Marsch fürs Leben“, Christliche Rechte in USA</p>	<p>Vorbilder/Ähnlichkeiten UKIP</p>

Folie 17

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Eine klare Einordnung einzelner Strömungen und Personen innerhalb der AfD fällt nicht immer leicht. Oftmals gibt es inhaltliche Überschneidungen und Abgrenzungen. Dennoch findet man in unterschiedlichen Analysen und Abhandlungen über die AfD zumeist eine idealtypische Unterteilung in drei Strömungen der Partei. Hierzu gehören die „wirtschaftsliberale“ bzw. die „marktradikale“ Strömung, die „traditionell-konservative“

15

und „klerikale“ Strömung sowie die „rechtspopulistische“ Strömung, welche auch teilweise als „nationalkonservativ“ bezeichnet wird.²⁴

Die erste Gruppe zeichnet sich vor allem durch eine ablehnende Haltung gegenüber der EU-Politik der aktuellen und vorherigen Bundesregierung aus. Gerade deren Handeln im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird von dieser Strömung scharf kritisiert. Basierend auf der marktwirtschaftlichen Logik des Verursacher- und Haftungsprinzips sprechen sie sich gegen die betriebene „Bankenrettung“ aus und plädieren dafür, dass schwache Staaten den Euro-Raum verlassen können.²⁵ Im Zentrum stehen für die „Wirtschaftsliberalen“ der freie Wettbewerb gemäß einer ordoliberalen Marktwirtschaft sowie Währungsstabilität. Die EU als Institution wird nicht per se abgelehnt, aber skeptisch betrachtet. Nationale Standortinteressen sollen ausgebaut werden, ebenso wie mittelständische und Familienunternehmen eine „faire Chance“ auf dem internationalen Markt haben sollen. Von Mindestlöhnen und dem Sozialstaat hält diese Strömung hingegen recht wenig.²⁶ Zu ihr können Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel gezählt werden sowie die – eher irrelevanten – innerparteilichen Plattformen *Kolibri* und *Transatlantiker*. Auf europäischer Ebene weist diese Strömung Ähnlichkeiten mit den Tories in Großbritannien auf.

Die traditionell-konservative Strömung wird unter anderem von Personen wie Beatrix von Storch oder der sächsischen Landesvorsitzenden Frauke von Petry repräsentiert. Ein hohes Maß an Wertkonservatismus und Bezüge zum (evangelikalen) Christentum sind charakteristisch. Ein heteronormatives, traditionelles Familienbild sowie christliche Normen und Werte werden in diesen Reihen stark vertreten. Anti-Diskriminierungsgesetze werden genauso abgelehnt wie das Gender-Mainstreaming. Sie verstehen sich als eine Gegenbewegung zu den 1968ern und den gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen, die

²⁴ Die Unterteilung wurde in Anlehnung an den Vortrag „(K)eine Alternative(n) für Deutschland und Europa“ von Alban Werner vorgenommen, der im September 2014 für DIE LINKE Kamen gehalten wurde.

²⁵ Kahrs, Horst: Zerfall des Mythos der ‚Mitte‘ Ausbreitung eines ‚nationalen Sozialismus‘, Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin Januar 2015, S. 4.

²⁶ Bebnowski, David: Von wegen Volkspartei. Zeit Online. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/afd-europawahl-mitte-deutschlands/seite-2> [aufgerufen am 15.12.2014].

mit diesen einhergehen.²⁷ Ihren konservativen Roll-back versuchen sie durch die Vernetzung mit ähnlich Gesinnten durchzusetzen. So bestehen beispielsweise Verbindungen zum „Marsch für das Leben“, einer einmal im Jahr in Berlin stattfindenden Demonstration, in welcher gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und gegen die Sterbehilfe demonstriert wird. Manche der Landesverbände halten darüber hinaus Kontakt zu offen homophoben Kreisen.²⁸ Ähnlichkeiten weist diese Strömung mit der „Christlichen Rechten“ in den USA auf.

Als dritte Strömung lässt sich die rechtspopulistische oder auch nationalkonservative Strömung ausmachen. Dies ist der rechte Flügel der Partei und der Trennstrich zum rechtsextremen Milieu ist hier nicht klar gezogen.²⁹ Die nationalstaatliche Selbstbestimmung Deutschlands steht hier im Fokus. Die EU wird abgelehnt und es wird eingefordert, dass der deutsche Staat souverän über seine Grenzen bestimmen könne. Themen wie steigende Kriminalität und Unsicherheiten, gerade in Grenzgebieten, sind beliebt, ebenso die Forderung, dass eine „Einwanderung in das Sozialsystem“ verhindert werden müsse. Darüber hinaus wird auch hier ein erzkonservatives Familien- und Geschlechterbild propagiert. Bekannte Aktivisten dieser Strömung sind unter anderem Alexander Gauland und Konrad Adam. Innerparteilich sind die *Patriotische Plattform* und die *Junge Alternative* Träger dieser politischen Positionen. Ähnlichkeiten weist diese Strömung mit anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien wie der UKIP und dem Front National auf.

FOLIE 18

Die AfD „Endlich wieder Herr im eigenen Haus sein“

Hauptziel der AfD-Kritik ist nicht „die deutsche Regierung“, sondern vor allem „Brüssel“ (Abgabe von Souveränität, Zentralismus, Bürokratismus, Polit-Elite)

Mut zur Wahrheit.
Prof. Bernd Lucke
in Regensburg
RT-HALLE
2. Mai 17:30 h
„Stoppt Brüssel“
Alternative für Deutschland

MUT ZU DEUTSCHLAND.
Gender, Gurken, Größenwahn – Brüssel stoppen! Jetzt.
Am 25. Mai AfD wählt!
Alternative für Deutschland

Brüssel hat nicht immer die hellsten Ideen.
Werkzeug nach Sie die guten alten OSB-Körner?
Nicht Friseur, nur immer (2013) wählen
Broschüre der AfD, Regensburg

MIR-GEMEINSAM LICHT-AUF, DIE

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 18

Die AfD hat bisher kein offizielles Parteiprogramm. Außer der Parteisatzung, dem Bundestagswahlprogramm (beide auf dem Gründungsparteitag am 14. April 2013 verabschiedet) und dem Wahlprogramm zur Europawahl gibt es kein politisches Dokument auf Bundesebene.³⁰ Die große Spannweite auch innerhalb der Landesverbände führt dazu, dass die inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Wahlprogramme zu

Landtagswahlen (wie 2014 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen) variieren können. Dennoch lassen sich zentrale Themen und Kernpunkte der Partei festmachen.

²⁷ Kahrs, Horst: Zerfall des Mythos der ‚Mitte‘- Ausbreitung eines ‚nationalen Sozialismus‘, Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Januar 2015, S. 4.

²⁸ Amann, Melanie: Erzkonservative in der AfD. Auf Stimmenfang bei Homophoben. Spiegel Online. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-der-afd-auf-stimmenfang-bei-den-erzkonservativen-a-944205.html>.

²⁹ National statt liberal. <http://www.taz.de/!1151630/> [aufgerufen am 04.11.2014].

³⁰ Häusler, Alexander/Teubert, Horst/ Roeser, Rainer: Die „Alternative für Deutschland“- eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung. Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Düsseldorf September 2013, S.39.

Zu allererst ist in diesem Kontext die „Eurokrise“ zu nennen, die seit der Gründungsphase der AfD das wichtigste Thema der Partei darstellt. Im Rahmen dessen wird primär der praktizierte Umgang mit dieser kritisiert und abgelehnt. Was das genau heißt, wird zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal genauer erläutert. An dieser Stelle reicht es zu erwähnen, dass die AfD nicht per se „anti-europäisch“ ist, sondern gewisse Aspekte der Europäischen Union wie beispielsweise den Europäischen Binnenmarkt durchaus befürwortet. Aus einer wirtschaftsliberalen Perspektive unterstützt sie die Europäische Integration, kritisiert aber „Brüssel“ als bürokratisch und zentralistisch organisiertes Konstrukt, welches die Souveränität der Mitgliedstaaten einschränkt und untergräbt. Deutschland wird hierbei von der AfD als Opfer dargestellt. Auf den Wahlplakaten heißt das dann: „Die Banken kassieren. Die Deutschen zahlen.“ Der Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde von der AfD als „undemokratisch“ bewertet, weil eine abstrakte „Politelite“ Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger getroffen hätte. Dem gegenüber formuliert sie den Anspruch: „Endlich wieder Herr im eigenen Haus sein!“

FOLIE 19

Programmatik: Demokratieverständnis



- „CDUSPDPGRÜNELINKEPIRATEN“ seien zu mächtig geworden
- AfD setzt sich für stärkere Bürgerbeteiligung an „wichtigen“ Entscheidungen ein
- Doch: AfD ist im Kern stark undemokratisch und unsozial
- Das Demokratieverständnis der AfD ist selektiv
- Treibt Kürzungen im Bereich der Politischen Bildung voran

„In der Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das sagt das Prinzip der Volkssouveränität. Die gewählten Politiker haben die Aufgabe, dem Volk zu dienen und seinen Willen zu verwirklichen...Wachsende Politikverdrossenheit gefährdet zunehmend die Akzeptanz der Demokratie“

Quelle: Thüringer Wahlprogramm 2014

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Die alten Parteien bzw. eben jene „Politelite“ unterschieden sich zu wenig voneinander und seien zu mächtig geworden. Die „wahre Demokratie“ sei dadurch untergraben. Dem gegenüber bezeichnet sich die AfD beim Gründungsparteitag als „weder rechts noch links“ und als eine „Partei neuen Typus“.³¹ Sie unterstreicht, dass sie keine Berufspolitiker seien, sondern Bürgerinnen und Bürger und damit die „wahre Alternative“.

Neben einem „undemokratischen“ Umgang mit der Eurokrise, sieht die AfD ein starkes Demokratiedefizit in der „zunehmenden Behinderung offener Diskussionsprozesse“³². Sie macht dabei ein „Diktat der political correctness“ aus, welche als hegemoniale Diskursform den öffentlichen Raum inklusive der Medienlandschaft dominieren würde. Mit der Losung „Das wird man doch noch sagen dürfen“, stellt sich die AfD so als Kämpferin für die „wirkliche Meinungsfreiheit“ dar. Diskussionen zu Themen, die die vermeintliche Mediendominanz nicht zulassen würde, konkretisierte ein Mitglied des Kreistags Vorpommern-Greifswald: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Nationalsozialistische Ideologie,

³¹Wer ist die AfD? Verfügbar unter: <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/wer-ist-die-afd/> [aufgerufen am 13.11.2014]. Die AfD lässt offen was sie im Konkreten unter „Partei neuen Typus“ versteht. Wir gehen davon aus, dass sie sich hierbei nicht auf das Leninsche Verständnis des Begriffs bezieht.

³² Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland Mai 2014, S.1. Verfügbar unter: <http://alternativfuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf> [aufgerufen am 03.11.2014].

Homophobie“.³³ Offen bleibt, wie die „wirkliche Meinungsfreiheit“ beim Thema Nationalsozialismus eigentlich aussieht?

Als „wahre Demokraten“ setzt sich die Partei für mehr Bürgerbeteiligung ein und fordert mehr Volksentscheide und -initiativen nach Schweizer Vorbild. Bei näherer Betrachtung wird jedoch schnell deutlich welche Farce sich dahinter verbirgt. So wird im Parteiprogramm an vielen Stellen deutlich, dass die AfD nur Politik für bestimmte Personen(kreise) betreibt. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt noch näher erläutert. An dieser Stelle reicht es zu erwähnen, dass die AfD nicht gegen soziale Ungleichheiten vorgehen will, sondern diese vielmehr mit vorantreibt. In diesen Kontext muss zum Beispiel der Vorschlag von Konrad Adam gesehen werden, welcher das Wahlrecht von Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentnern in Frage stellte.³⁴ Diese Herangehensweise an Demokratie hatte bereits der neoliberale Vordenker Friedrich August von Hayek, der in seiner „Verfassung der Freiheit“ u.a. über die Beschneidung des Wahlrechts für „Empfänger von öffentlichen Unterstützungen“ sinnierte.³⁵

Ein weiterer Punkt ist, dass die AfD sich zwar für eine stärkere Beteiligung ausspricht, gleichzeitig aber gegen Räume der politischen Debatten und Diskurse bewusst vorgeht und deren Privatisierung vorantreibt. So sieht die sächsische AfD in ihrem Landtagswahlprogramm Kürzungen der Mittel für politische Bildungsprogramme, Nicht-Private Stiftungen und für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor. Darüber hinaus möchte sie die Bundeszentrale für politische Bildung auflösen.³⁶

18

FOLIE 20

Programmatik Wirtschafts- und Sozialpolitik

31. AUGUST 2014 - AfD WÄHLEN

Kein Wohlstand ohne starken Mittelstand.

- Kritik am Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise als zentrales Thema („Partei der Euro-Skeptiker“)
- Uneinigkeit bei dem Thema
- Marktradikale versus Nationalkonservative
- Selektionsprozesse: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und „Interessen des christlichen Abendlandes“

„Ebenso müssen sich Transferempfänger solidarisch zeigen, um die Belastung der Gemeinschaft so niedrig zu halten und sich- wenn es Ihnen möglich ist- durch Eigenengagement und Mitwirkung aus ihrer Notlage versuchen zu befreien“

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Die Wirtschaftspolitik stellte von Beginn an ein Schwerpunktthema der AfD da. Vor allem die Wirtschafts- und Finanzkrise und die Kritik am Umgang mit dieser fungierte hierbei seit der Entstehung der Partei als zentrales und distinktives Thema. Die AfD präsentiert sich als eine Verfechterin der radikalen Marktwirtschaft.³⁷ Der Staat soll auf ein Minimum reduziert und alle

³³ „...gesellschaftliche Tabus sind z.B. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Nationalsozialistische Ideologie, Homophobie u.ä. Das Tabu verhindert die öffentliche Thematisierung ungeliebter, politischer Sachthemen, übt sozusagen eine Zensur aus und ersetzt die inhaltliche Auseinandersetzung durch eine Selbstbekundung und ideologische Appelle.“ Dr. Gunter Jess, Mitglied des Kreistages Vorpommern-Greifswald, 2.11.2014. Verfügbar unter: <http://afd-mv.de/?p=215> [aufgerufen am 23.02.2015].

³⁴ Kemper, Andreas: Zur Demokratiefeindlichkeit der AfD. Der Freitag Online. Verfügbar unter: <https://www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/zur-demokratiefeindlichkeit-der-afd> [aufgerufen am 19.02.15].

³⁵ „Man kann kaum sagen, daß es die Gleichheit vor dem Gesetz fordert, daß alle Erwachsenen wahlberechtigt sind...Es kann auch vernünftigerweise argumentiert werden, daß den Idealen der Demokratie besser gedient wäre, wenn etwa alle Staatsangestellten oder alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären.“ Vgl: Hayek, Friedrich A. von: Die Verfassung der Freiheit. Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Abt. B Band 3, Tübingen 2005, S.135.

³⁶ Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen. Beschlossen am 2. März 2014 in Zwickau, S.8. Verfügbar unter: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [aufgerufen am 06.11.2014].

³⁷ Die AfD Sachsen schrieb beispielsweise, dass sie einer Politik verpflichtet sei, die „als Wirtschaftspolitik einer sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhardt dient“. Vgl.: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen. Beschlossen am 2. März 2014 in Zwickau. Verfügbar unter: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [aufgerufen am 06.11.2014].

Lebensbereiche stattdessen der Marktlogik unterworfen werden.³⁸ Deswegen lag ihre Hauptkritik in Bezug auf den Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise auch darin, dass die Europäische Union den Wettbewerb zur Rettung des Euros geopfert hätte. Anstatt den Banken und den südeuropäischen Staaten „zu helfen“, wie es nach Auffassung der AfD die EU getan hat, setzt die AfD auf das Verursacher- und Haftungsprinzip. Die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften müsse ein stärkeres Gewicht bekommen, wodurch laut der AfD auch ein Austritt oder auch der Ausschluss eines Euro-Landes möglich sein müsse.³⁹

19

Jener radikale Neoliberalismus war die offizielle Linie des Bundestagswahlkampfes und steht in den Politischen Leitlinien der AfD. Vordergründig wird ökonomisch, nicht nationalistisch argumentiert.⁴⁰ Doch wirkliche Einigkeit herrscht bei dem Thema nicht. Im Gegenteil: Die Wirtschaftspolitik hat sich mittlerweile zu einem der Hauptkampfplätze der AfD entwickelt. Die Interessen des neoliberalen Flügels stehen denen des nationalkonservativen und rechtspopulistischen gegenüber. Möchten die Neoliberalen den EU-Binnenmarkt vertiefen, um die Standortkonkurrenz noch mehr anzuheizen⁴¹, so wollen die Nationalkonservativen diesen begrenzen, um lokale und mittel- und kleinständische Unternehmen zu schützen.⁴² Diesen Dissens sieht man auch bei der Debatte um das Freihandelsabkommen TTIP: Der Flügel um Bernd Lucke und Olaf Henkel spricht sich dafür aus, während es Ablehnung in den anderen beiden Flügeln gibt. Offiziell steht im Europäischen Wahlprogramm aus dem Mai 2014 zwar, dass ein Freihandelsabkommen abgelehnt werde⁴³. Dem widersprach Bernd Lucke aber, in dem er in der FAZ verkündete, dass er prinzipiell für das Freihandelsabkommen sei.⁴⁴ Der sächsische Landesverband der AfD hingegen fiel dem Parteivorsitzenden bei dem Thema offensiv in den Rücken, in dem er sich in seinem Landtagswahlprogramm „mit aller Entschiedenheit“ gegen das Freihandelsabkommen und einen „enthemmten Neokapitalismus“ ausspricht.⁴⁵ Auch beim Thema Lohnpolitik gehen die Meinungen auseinander: Sprechen sich die radikalen Neoliberalen für eine Senkung der Reallöhne aus, so positioniert sich der eher dem rechten Spektrum zugehörige Landesverband Sachsens dagegen.⁴⁶

³⁸ Berger, Jens: Die deutsche Tea-Party. Taz Online. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/!115108/> [aufgerufen am 19.02.15].

³⁹ Wahlprogramm Alternative für Deutschland. Parteibeschluss vom 14.04.2013. Verfügbar unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Wahlprogramm-BTW-2013-kurz.pdf [aufgerufen am 16.12.2014].

⁴⁰ Bohlmann, Ralph: Alternative für soziale Sicherheit. faz Online. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/afd-ist-kaum-noch-liberal-sondern-standortorientiert-13164555.html> [aufgerufen am 19.02.15].

⁴¹ Das Programm der AfD zur Europawahl 2014, S. 11. Verfügbar unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/AfD_Europawahl_Programm_web.pdf [aufgerufen am 19.02.15].

⁴² Pressemitteilung der Alternative für Deutschland Brandenburg vom 05.09.2014: Brandenburg soll ein attraktiver Wirtschaftsstandort werden. Verfügbar unter: <http://www.afd-brandenburg.de/afd-pm-brandenburg-soll-ein-attraktiver-wirtschaftsstandort-werden/#more-%27> [aufgerufen am 16.12.2014].

⁴³ Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014, S. 13. Verfügbar unter: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf> [aufgerufen am 19.02.15].

⁴⁴ Plickert, Philip: AfD-Chef Lucke bekennt sich zum Freihandel mit Amerika. FAZ Online. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kontroverse-um-ttip-afd-chef-lucke-bekannt-sich-zum-freihandel-mit-amerika-13019104.html> [aufgerufen am 19.02.15].

⁴⁵ Eisenring, Christoph: Mit Wirtschaftspopulismus in den sächsischen Landtag. NZZ Online. Verfügbar unter: <http://www.nzz.ch/wirtschaft/mit-wirtschaftspopulismus-in-den-saechsischen-landtag-1.18374983> [aufgerufen am 19.02.15].

⁴⁶ Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen. Beschlossen am 2. März 2014 in Zwickau. Verfügbar unter: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [aufgerufen am 06.11.2014].

Oberflächlich betrachtet erscheinen demnach die „rechten Flügel“ sozialer als die Marktradikalen der AfD. Doch Selektionsprozesse und Gruppenausschlüsse finden in der gesamten Partei statt. Die einem folgen dem Credo „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und sortieren die Gesellschaft in „Leistungsträger“ und vermeintlich Leistungsunwillige. Politik wird nur für erstere Gruppe getan, während die Rechte von abhängig Beschäftigten zunehmend eingeschränkt und die Sozialstaatsleistungen gekürzt werden. Bei den anderen Flügeln erfolgt der Ausschluss aufbauend auf nationalen Grenzen und Staatsbürgerschaft sowie möglicherweise auf religiöser Zugehörigkeit. Hier stehen die Interessen des „christlichen Abendlandes“ im Zentrum der Politik. Hochgradig unsozial und demokratiefeindlich sind beide Ansätze.

20

FOLIE 21

Programmatik Einwanderungspolitik

- für regulierte und gesteuerte Einwanderungspolitik
- Verbindung von Einwanderungs- und Sicherheitsdebatte
- Asyl für politisch Verfolgte

„Zuwanderung kann eine Gesellschaft bereichern und stärken, ihr neue Entwicklungschancen geben.[...] Zuwanderung ist aber nur dann ein Gewinn [...] wenn die Zuwanderer sich in die Gesellschaft integrieren und das Ausmaß des Zuzugs die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft nicht überfordert.“
(Quelle: Wahlprogramm Brandenburg, 2014)

„Das Wertesystem, an dem wir uns dabei orientieren, leitet sich aus den Werten des christlichen Abendlandes ab.“
(Quelle: Wahlprogramm Sachsen, 2014)

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 21

Wie bereits ausgeführt, variieren die Meinungen und Positionen bezüglich der Einwanderungspolitik innerhalb der AfD sowie zwischen den Landesverbänden stark. Die Folie zeigt nun die „offiziellen“ Positionen der Partei, die verschriftlicht in Wahlprogrammen oder in der Parteisatzung zu finden sind. Einwanderung wird nicht allgemein abgelehnt, jedoch soll Einwanderung reguliert und gesteuert werden. Die demographische Entwicklung

in Deutschland erfordere eine qualifizierte Zuwanderung, welche die Versorgung einer alternden Gesellschaft sowie den wirtschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften sicherstelle. Hierfür wird ein Einwanderungsrecht nach kanadischem Vorbild gefordert.⁴⁷ Ein Rolle spielen hierbei der Bildungsgrad, die Sprachkenntnisse sowie, ob das Fachwissen am Arbeitsmarkt benötigt wird. Eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“ solle unterbunden werden, während sich die Partei dafür (offiziell) ausspricht, dass politisch Verfolgten Asyl gewährt werden müsse wie auch die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten.⁴⁸

Mittlerweile wird aber die Widersprüchlichkeit der AfD zu dieser Frage immer erkennbarer und deutlicher.⁴⁹ Von den immigrierten Personen wird darüber hinaus eine eigenständige „Bereitschaft zur Integration“ gefordert. So heißt es im Wahlprogramm des brandenburgischen Landesverbandes: „Zuwanderung kann eine Gesellschaft bereichern und stärken, ihr neue Entwicklungschancen geben.[...]“

⁴⁷ Ziel der kanadischen Einwanderungspolitik ist die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Es funktioniert nach einem bestimmten Punkte-Modell: je besser die einwandernde Person qualifiziert ist und die Amtssprache spricht, umso mehr Punkte bekommt diese und kann leichter einwandern.

⁴⁸ Hintergrund des Programms der Alternative für Deutschland. Verfügbar unter: <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/zuwanderung-und-asyl/> [aufgerufen am 18.12.2015].

⁴⁹ Leber, Fabian: Die widersprüchliche Asylpolitik der AfD. Tagesspiegel Online. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-die-widerspruechliche-asylpolitik-der-afd/10891232.html> [aufgerufen am 12.01.2015].

*Zuwanderung ist aber nur dann ein Gewinn [...] wenn die Zuwanderer sich in die Gesellschaft integrieren und das Ausmaß des Zuzugs die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft nicht überfordert.*⁵⁰

Im Rahmen dessen wird von einer gemeinsamen „Kultur“ und einem gemeinsamen „Wertesystem“ in Deutschland ausgegangen, welche als Maßstab dienen, an denen sich alle orientieren und messen müssen, was in dem sächsischen Wahlprogramm aus dem Jahr 2014 wie folgt zusammengefasst wird: *„Das Wertesystem, an dem wir uns dabei orientieren, leitet sich aus den Werten des christlichen Abendlandes ab.“*⁵¹

21

FOLIE 22

Programmatik Familienpolitik

- Stellung der Familie soll gestärkt werden
- konservatives Familien- und Geschlechterverständnis
- gegen „Gendermainstreaming“
- gegen geschlechtsbezogene Quoten im Berufsleben
- „3-Kinder-Familie“
- gegen Abtreibung
 - u.a. Teilnahme beim „Marsch fürs Leben“

„Die AfD lehnt ein ‚Gender Mainstreaming‘, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.“

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 22

Die AfD verfolgt ein konservatives, heteronormatives Familienbild, welches sich an der „bürgerlichen Kleinfamilie“ orientiert. Als Familie zählen nach diesem Verständnis vor allem die Ehepartner, weiblichen und männlichen Geschlechts, sowie deren Kinder. Propagiert wird ein 3-Kind-Programm nach französischem Vorbild. Dieses sieht vor, dass Familien ab dem dritten Kind im Regelfall keine Steuern mehr zahlen müssen. So soll die

Stellung der Familie gestärkt und dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.⁵² Darüber hinaus wird sich für ein Familiensplitting als neues Modell ausgesprochen. Dieses sieht vor, dass das gesamte Einkommen einer Familie im Prinzip durch die Anzahl ihrer Mitglieder geteilt wird. Auf die vergleichsweise geringen Einzelbeträge würde dann jeweils die Einkommensteuer erhoben, die Steuerschulden würden anschließend wieder addiert.⁵³

Neben jener Steuerentlastung sieht dieses Modell darüber hinaus vor, dass das Aufziehen von Kindern bei der Rentenberechnung eine stärkere Berücksichtigung erfährt. Daher ist es kaum verwunderlich, dass die AfD die bestehenden Abtreibungsgesetze als zu lasch empfindet und diese gerne verschärfen möchte. Auch bei dem so genannten „Marsch für das Leben“, welcher einmal jährlich in Berlin stattfindet, ist die Partei anzutreffen. Darüber hinaus wird auch beim Thema Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung das neoliberale Leistungsprinzip weitergeführt. So sagt die AfD selbst in ihren

⁵⁰ Landtagswahlprogramm der AfD in Brandenburg 2014, S.6. Verfügbar unter: <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/Landtagswahlprogramm-komplett.pdf> [aufgerufen am 13.01.2015].

⁵¹ Landtagswahlprogramm der AfD in Sachsen 2014, S.2. Verfügbar unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/09/AfD_Programm_Lang.pdf [aufgerufen am 13.01.2015].

⁵² Siems, Dorothea: Merkels linke Familienpolitik treibt Wähler zur AfD. Die Welt Online. Verfügbar unter: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article132318965/Merkels-linke-Familienpolitik-treibt-Waehler-zur-AfD.html> [aufgerufen 12.01.2015].

⁵³ Schäfer, Christoph: AfD will Kinderlose deutlich stärker belasten. FAZ Online. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/sozialprogramm-afd-will-kinderlose-deutlich-staerker-belasten-12542904.html> [aufgerufen am 02.02.2015].

Politischen Leitlinien: „Die AfD steht für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit“⁵⁴ So seien sie offiziell für die Gleichberechtigung der Geschlechter, allerdings ohne die Einführung der Quoten und ohne eine Politik, die auf die Aufhebung der Geschlechteridentitäten abzielt. Im Rahmen dessen lehnt die Partei auch die Lehre von Gender Studies an Hochschulen ab und spricht sich gegen das Gendermainstreaming aus. Wie das Zitat aus den Politischen Leitlinien schön zeigt:

„Die AfD lehnt ein ‚Gender Mainstreaming‘, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.“⁵⁵

22

FOLIE 23

Programmatik: Bildungspolitik

- Bildung als wichtigste „volkswirtschaftliche und individuelle Ressource“
- statt „Schulpflicht“ für „Bildungspflicht“
- für Erhalt eines gegliederten Schulsystems („Mut zur Leistung“)
- Schwerpunktsetzung im Geschichtsunterricht ändern (weg vom 20. Jahrhundert zurück zum 19. Jahrhundert)
- für „Deutschquote“ im Radio

„Familäre und institutionelle Bildung stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander.[...] Wir weisen einen wirtschaftspragmatischen Bildungsbegriff zurück, der primär nach der unternehmerischen Verwertbarkeit bestimmter Bildungszustände fragt: keine Bildungsinstitution darf als reiner Zulieferbetrieb für die Industrie umfunktioniert werden.“
(Quelle: Wahlprogramm Sachsen, 2014)

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Die AfD spricht sich dafür aus, dass Bildungseinrichtungen in nationaler Kompetenz verbleiben und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt seien. Bildung wird von ihr als wichtigste „volkswirtschaftliche und individuelle Ressource“⁵⁶ angesehen, weswegen sich die AfD auch für eine „Bildungspflicht“ statt einer „Schulpflicht“ ausspricht. Statt einer „gleichmacherischen Schulpolitik“ fordert sie,

dass ein Unterrichten in Familien oder Fernschulen auch möglich sei.⁵⁷

„Familäre und institutionelle Bildung stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. [...] Wir weisen einen wirtschaftspragmatischen Bildungsbegriff zurück, der primär nach der unternehmerischen Verwertbarkeit bestimmter Bildungszustände fragt: keine Bildungsinstitution darf als reiner Zulieferbetrieb für die Industrie umfunktioniert werden.“⁵⁸

Das gegliederte Schulsystem solle erhalten bleiben und das „pauschale Inklusionsmodell“ erklären sie für gescheitert. Im offiziellen Wahlprogramm wird die Forderung aufgestellt, dass eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung des Geschichtsunterrichts auf das 19. Jahrhundert und die Befreiungskriege stattfinden soll. Kurz nach der Wahl in Sachsen kam heraus, dass in Bezug auf diesen Punkt eine Kürzung stattgefunden hat. So wurde in dem ursprünglichen Textentwurf darauf verwiesen, dass der

⁵⁴ Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland Mai 2014, S.6. Verfügbar unter: <http://alternativ fuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-%C3%BCr-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf> [aufgerufen am 03.11.2014].

⁵⁵ Hintergrund zum Programm der AfD. Bildung und Gleichstellung. Verfügbar unter: <http://www.alternativ fuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/bildung-und-gleichstellung/> [aufgerufen am 02.02.2015].

⁵⁶ Europawahlprogramm der Alternative für Deutschland, S.5. Verfügbar unter: <http://www.alternativ fuer.de/wp-content/uploads/2014/04/Europaprogramm-AfD-kurze-Fassung1.pdf> [aufgerufen am 21.01.2015].

⁵⁷ Landtagswahlprogramm der AfD in Thüringen, S.10. Verfügbar unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf [aufgerufen am 23.01.2015].

⁵⁸ Landtagswahlprogramm der AfD in Sachsen 2014, S.5. Verfügbar unter: https://www.alternativ fuer.de/wp-content/uploads/2014/09/AfD_Programm_Lang.pdf [aufgerufen am 13.01.2015].

Geschichtsunterricht ein Übermaß an Aufklärung über die NS-Zeit beinhalte.⁵⁹ Das Programm war demnach offen rechter.

Der Landesverband der AfD spricht sich außerdem für das Abspielen von mehr „deutschsprachiger“ Musik im öffentlichen Rundfunk aus.⁶⁰

23

FOLIE 24



Keine weitere Erläuterung nötig

FOLIE 25



Die Gründe für den außerordentlichen Erfolg der AfD bei den Mittelschichten sind in den sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen der vergangenen Jahre zu suchen. Abstiegsängste von Teilen der Mittelschicht und deren Unbehagen oder Ablehnung des bestehenden Parteiensystems werden von der AfD aufgegriffen und artikuliert. Die gefühlte oder auch reale wirtschaftliche Bedrohung kann im Rahmen dessen zu einer reaktionären

Wende führen.⁶¹ In der CDU wird sich nicht mehr „gut aufgehoben“ gefühlt, weswegen die AfD die entstandene Repräsentationslücke nach rechts schließt.

Ob sich die Partei im Parteiensystem in Deutschland etablieren und verankern kann, wird sich noch zeigen. Aufgrund der strukturellen und personellen Voraussetzungen, über die sie verfügt, hat die AfD

⁵⁹ Quadbeck, Eva: Partei der Saubermänner? Die dunkle Seite der AfD. RP Online. Verfügbar unter: <http://www.rp-online.de/politik/alternative-fuer-deutschland-die-dunkle-seite-der-partei-aid-1.4503208> [aufgerufen am 04.02.2015].

⁶⁰ Litschko, Konrad: AfD steuert ins Braune. Gegen Moscheen, für Deutschquote. taz Online. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/!134166/> [aufgerufen am 04.02.2015].

⁶¹ Friedrich, Sebastian: Partei der entscherten Mitte. Entsolidarisierung, Rassismus, Wohlstandschauvinismus und Ungleichheitsideologien: über die AfD-Kernwähler. Neues Deutschland Online. Verfügbar unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/959608.partei-der-entsicherten-mitte.html> [aufgerufen am 02.02.2015].

traurigerweise gute Chancen, keine temporäre Erscheinung wie die Schill-Partei oder aber auch die Piraten zu werden. Der Einzug in die Landtage seit dem Jahr 2014 spricht auch dafür.

Welche programmatische und inhaltliche Ausrichtung sie dabei in Zukunft einnehmen wird, wird sich noch zeigen. Seit ihrer Gründung konnte der rechtspopulistische Flügel aber bisher zunehmend an Einfluss gewinnen, weswegen einige Funktionäre der Partei bereits ihre Ämter niedergelegt haben, wie beispielsweise die ehemalige niedersächsische Vorsitzende Martina Tigges-Friedrichs.⁶²

24

Flügelkämpfe und Richtungsstreitigkeiten gibt es von Anfang an. Mit den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des (christlichen) Abendlandes“ (Pegida) eskalieren die Machtkämpfe und die Frage nach der Ausrichtung der Partei allerdings im Moment. Bislang ist es der AfD gelungen, die innerparteilichen Differenzen bezüglich der Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie das Verhältnis zu religiösen Minderheiten medial klein zu halten. Dies ist nun nicht mehr möglich. Der stellvertretende Sprecher Alexander Gauland bekennt offen seine Sympathien zur Pegida-Demonstration. Auch Frauke Petry erkannte durchaus „Schnittmengen zwischen Pegida und der AfD“⁶³. Bernd Lucke lehnt hingegen eine Zusammenarbeit mit Pegida ab.⁶⁴

FOLIE 26

Konsequenzen Ausblick

Der Erfolg der AfD kann drastische Auswirkungen auf die deutsche Politik und das Parteiensystem haben.

- Gefahr des Rechtsrucks der CDU durch Übernahme von Positionen der AfD (neoliberale Politik, Migrationspolitik, innere Sicherheit etc.)
- Gefahr einer neuen „APO von rechts“ mit lagerübergreifenden Aktivitäten: Marsch fürs Leben, Montagsdemos gegen rot-rot-grün in Thüringen, Pegida & Co.
- Die AfD könnte der parlamentarische Arm dieser „APO von rechts“ werden.

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 26

Seit ihrer Gründung hat die AfD viel mediale Aufmerksamkeit erhalten. Dies hat nach ihren Wahlerfolgen noch zugenommen. Durch jenen Anstieg an Interesse seitens der Medien ist es der AfD auch gelungen, ihre Positionen breiter bekannt zu machen und auch gewisse Themen verstärkt auf die politische Agenda zu setzen. Und sei es „nur“ insofern, dass andere Parteien oder Bewegungen sich kritisch mit diesen

auseinandersetzen.

Ebenso besteht immer noch die Gefahr eines „Rechtsrucks“ der CDU. Zwar sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich: "Wir koalieren nicht und kooperieren nicht"⁶⁵ und sprach sich auch deutlich gegen Pegida aus. Aber: Auch die CDU kämpft um ihre Haltung zur AfD. Schließlich ist sie die Repräsentantin

⁶² Martina Tigges- Friedrichs im Interview mit Lena Kaiser. Rechtsruck ist ein Selbstläufer. taz Online. Verfügbar: <http://www.taz.de/!146050/> [aufgerufen am 22.01.2015].

⁶³ Lachmann, Günther: AfD- Chefin Petry sieht ‚Schnittmengen‘ mit Pegida. Die Welt Online. Verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article136170926/AfD-Chefin-Petry-sieht-Schnittmengen-mit-Pegida.html> [aufgerufen am 03.02.2015].

⁶⁴ Werdermann, Felix: Die AfD vor dem Rechtsruck. Der Freitag Online. Verfügbar: http://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/die-afd-vor-dem-rechtsruck?utm_content=buffer408f7&utm_medium=social&utm_source=facebook.com&utm_campaign=buffer [aufgerufen am 21.01.2015].

⁶⁵ Bundeskanzlerin Angela Merkel im ZDF-heute journal Interview vom 08. Dezember 2014. Verfügbar unter: <http://www.heute.de/bundeskanzlerin-angela-merkel-cdu-schliesst-im-zdf-koalition-mit-der-afd-aus-36275088.html> [aufgerufen am 11.12.2014].

konservativer Sozialmilieus und wirtschaftsliberaler Interessen und hat somit größere Überschneidungen mit der AfD-Wählerschaft. Somit könnte die CDU gezwungen sein, weiter nach rechts zu rücken, um der AfD den Wind aus dem Segel zu nehmen und verlorene Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Jene Taktik hatte die CDU/CSU mit den Republikanern zunächst Anfang der 1990er Jahre mit der „Asylflut“-Kampagne versucht. Die Verschärfung des Asylrechts im September 2014 durch die Anerkennung der Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten könnte eine ähnliche Richtung andeuten.⁶⁶ Auch die CSU führte mit ihrem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“ bereits einen nach rechts offenen Europawahlkampf.⁶⁷

Darüber hinaus ist eine Stärke der AfD ihre Rolle als Sammlungsbewegung, welche sowohl nach rechts offen ist, als auch am konservativen „Wutbürgertum“ andocken kann. Als Teil einer breiteren „APO von rechts“ unterstützt(e) die AfD – neben wertkonservativen Kreisen der CDU – Aktionen von Lebensschützern oder auch die Montagsdemos gegen eine rot-rot-grüne Regierung in Thüringen. Auch mit Pegida hat sich nun in kurzer Zeit eine konservative bis rechte Bewegung gebildet, welche es schafft, zehntausende Menschen auf die Straße zu bringen. Wie sich die genaue Haltung der AfD bezüglich Pegida und deren regionalen Ablegern entwickeln wird, wird sich noch herausstellen. Die AfD hat aber Potential, der parlamentarische Arm dieser „APO von rechts“ zu werden.

Der Kampf gegen rechts und gegen die Etablierung und „Normalisierung“ der AfD muss eine zentrale Rolle für DIE LINKE spielen. Abstiegsängste und Unbehagen gegen bestehende Parteien bzw. gegen parlamentarische Repräsentation an sich müssen nicht automatisch eine Orientierung nach rechts bedeuten. Es ist durchaus möglich, dass die Unzufriedenheit eine Linkswende einleitet, so wie das im Moment in Griechenland und Spanien zu beobachten ist.

FOLIE 27

Konsequenzen Was kann DIE LINKE machen?

- ✓ **Nicht defensiv sein!** DIE LINKE muss aktiv gegen die AfD vorgehen.
- ✓ Die **Debatte über den Umgang** mit der AfD in Kreis- und Landesverbände und alle parlamentarischen Gremien reintragen.
- ✓ **Unser Vorschlag:** in Parlamenten die Anträge der AfD ablehnen und dies aber auch immer begründen; z.B.:
 - ✓ klar machen, dass sie wirtschaftspolitisch nicht die Interessen der Beschäftigten vertreten und
 - ✓ Abgrenzung Leistungsträger gegen Prekariat als Schlüsselfrage herausstellen
 - ✓ mit einem Rückgriff auf die programmatischen Positionen der AfD
- ✓ **gemeinsame Haltung** mit anderen Parteien absprechen
- ✓ **Skandalisierung** der Positionen sowie von Personen und deren Beziehungen zur extremen Rechten

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 27

DIE LINKE muss aktiv gegen die AfD vorgehen und darf nicht in eine defensive und/oder abwartende Haltung verfallen. Hierfür ist es wichtig, eine klare politische und organisatorische Abgrenzung gegenüber der AfD zu betreiben. Alle Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Mitglieder der LINKEN sollten aufgefordert werden, die inhaltliche und politische

⁶⁶ Bundesrat stimmt für Verschärfung im Asylrecht. DW Online. Verfügbar unter: <http://www.dw.de/bundesrat-stimmt-f%C3%BCr-versch%C3%A4rfung-im-asylrecht/a-17934606> [aufgerufen am 05.02.2015].

⁶⁷ Leber, Fabian/ Monath, Hans: Erst Deutschland, dann Europa. Der Tagesspiegel Online. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/csu-und-afd-vor-europawahlkampf-erst-deutschland-dann-europa/9384546.html> [aufgerufen am 28.01.2015].

Auseinandersetzung mit der AfD zu führen und in die eigenen Strukturen zu tragen. Konsens über eine gemeinsame Vorgehensweise kann nicht vorausgesetzt werden, weswegen Absprachen zum Umgang aller mit der AfD gemeinsam getroffen werden sollten.

In Parlamenten sollte DIE LINKE keine gemeinsamen Anträge mit der AfD einreichen, keine gemeinsamen Erklärungen abgeben, keine Unterstützung in Personalangelegenheiten gewähren und/oder annehmen.

Darüber hinaus sollte konsequent gegen AfD-Anträge gestimmt. Sinnvoll ist es, diese Ablehnungen inhaltlich zu begründen, da die politischen Absichten der AfD – im Unterschied zur NPD – für außenstehende Dritte nicht immer sofort erkennbar ist. Die konkreten Inhalte der Anträge sollten aufgegriffen und – so sie „harmlos“ erscheinen – mit Hinweisen auf die bundespolitischen Positionen und Intentionen der AfD abgelehnt werden. Beispielsweise könnte herausgearbeitet werden, dass die AfD wirtschaftspolitisch nicht die Interessen der abhängig Beschäftigten vertritt und einen Wohlstandschauvinismus verfolgt. Es muss deutlich werden, dass die politischen Positionen bzw. die politischen Intentionen der AfD außerhalb der Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen und egalitären Gesellschaft stehen. Im Gegenteil: Die Vorschläge der AfD zielen oftmals auf Entsolidarisierung ab und konzentrieren sich auf die vermeintlichen „Leistungsträger“.

Um eine politische Isolierung der AfD zu forcieren, sollten Absprachen auch mit anderen Parteien stattfinden. Es muss deutlich werden, dass die AfD keine demokratische Alternative darstellt und sie keine „normale“ Partnerin in der Politik sowie für die Öffentlichkeit bzw. die Medien werden darf. Hierfür bedarf es einer konsequenten Skandalisierung ihrer Positionen, von Personen und deren Beziehungen zur extremen Rechten.

Darüber hinaus macht DIE LINKE deutlich, dass die AfD soziale Probleme nicht beheben, sondern verschärfen wird, dass sie keine „Protestpartei“ ist, weil sie keinen grundlegenden Politikwechsel anstrebt, sondern lediglich eine Radikalisierung des Neoliberalismus vorantreibt und eine Stärkung konservativ-nationaler Kulturmomente. Hier kann es keine Gemeinsamkeiten geben.

FOLIE 28

Konsequenzen Was kann DIE LINKE machen?

- ✓ **Bündnispartner und –partnerinnen** müssen generiert werden und bestehende, lokale Netzwerke aufgebaut und unterstützt werden, z.B.:
 - ✓ Öffentliche Solidarisierung und Beteiligung am Aufbau von antirassistischen Kampagnen
 - ✓ wo Gleichstellung, Homoehe oder das Abtreibungsrecht in Frage gestellt werden, sollte sich mit Frauenprojekten, Queergruppen etc. vernetzt werden
- ✓ DIE LINKE muss sich **aktiv gegen rechts** engagieren und antifaschistische Aktivitäten unterstützen.

DIE LINKE muss sich auf einen „**Kulturkampf von rechts**“ einstellen. Den können wir nur bestehen, wenn wir eine andere Ausrichtung der Moderne vorantreiben. Eine, die die **soziale Frage**, (ökologische) **Nachhaltigkeit**, **Antirassismus** und (**internationale**) **Solidarität** miteinander verbindet.

DIE LINKE.
POLITISCHE BILDUNG

Folie 28

Je nach Themen, die die AfD behandelt, müssen „potenziell Betroffene“ als Bündnispartner und Bündnispartnerinnen angesprochen und bestehende Bündnisse und lokale Netzwerke aufgebaut und unterstützt werden. Beispielsweise muss sich DIE LINKE überall dort, wo rassistische Kampagnen entstehen – wie gegen den Bau von Moscheen und Flüchtlingsunterkünften – öffentlich solidarisieren und beim Aufbau von

antirassistischen Kampagnen beteiligen. Gleiches gilt bei Angriffen gegen die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder wenn das Abtreibungsrecht in Frage gestellt wird. Dort sollte sich mit Frauenprojekten, Queergruppen etc. vernetzt werden. An sich ist es die Aufgabe der LINKEN diese Themen verstärkt anzusprechen und offensiv zu skandalisieren. Ebenso muss sich DIE LINKE weiter aktiv an Demos gegen rechts beteiligen und zu diesen aufrufen.

27

DIE LINKE muss sich auf einen „Kulturkampf von rechts“ einstellen. Den können wir nur bestehen, wenn wir eine andere Ausrichtung der Moderne vorantreiben - eine, die die soziale Frage, (ökologische) Nachhaltigkeit, Antirassismus und (internationale) Solidarität miteinander verbindet.